

schaftsordnung, die die Interessen aller Staaten berücksichtigt und an der die Entwicklungsländer besonders interessiert sind, ist eine dringliche Aufgabe.

Beide Seiten unterstützen konsequent die Beschlüsse der 6. und der 7. Sondertagung der UNO-Vollversammlung, die auf die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage des Prinzips der Gleichberechtigung aller Staaten gerichtet sind, und setzen sich für die Ausarbeitung entsprechender konstruktiver Maßnahmen im Rahmen der UNO ein.

Beide Seiten schätzten die Bedeutung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und ihre Schlußakte hoch ein. Sie sprechen sich mit Nachdruck für die konsequente Einhaltung und volle Verwirklichung der Schlußakte als Ganzes aus und sind der Auffassung, daß alle Teilnehmer der Konferenz verstärkte Anstrengungen in dieser Richtung unternehmen müssen. Das alles soll zum Entspannungsprozeß, zur Festigung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit in Europa und im Mittelmeerraum sowie in anderen Teilen der Welt beitragen.

Die Seiten betrachten das bevorstehende Belgrader Treffen als Forum für einen konstruktiven Meinungsaustausch über die Erfahrungen bei der Realisierung der Prinzipien und Empfehlungen der Schlußakte von Helsinki sowie über weitere Anstrengungen zur Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Beide Seiten sind der Ansicht, daß die Nahostkrise auch weiterhin eine ernste Gefahr für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellt. Sie sind der Überzeugung, daß eine dauerhafte und gerechte Lösung der Krise nur möglich ist auf der Grundlage des vollständigen Abzugs Israels von allen 1967 okkupierten Territorien, der Anerkennung der legitimen nationalen Rechte des Volkes von Palästina, einschließlich seines unveräußerlichen Rechts auf die Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates, sowie auf der Grundlage der Gewährleistung der Souveränität, der Unabhängigkeit und der Sicherheit aller Länder dieser Region. Die DDR und die SFRJ treten für die unverzügliche Wiederaufnahme der Genfer Nahostfriedenskonferenz unter Beteiligung aller unmittelbar interessierten Seiten ein. Sie sind der Auffassung, daß die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) gleichberechtigt an allen Phasen der Konferenz teilnehmen muß.

Beide Seiten begrüßten das Abkommen über die Feuereinstellung in Libanon. Sie sind der Ansicht, daß die völlige Lösung der Krise in diesem Lande nur auf der Grundlage der Achtung der Souveränität, der Unabhängigkeit, der territorialen Integrität und der Nichtpaktgebundenheit der Republik Libanon sowie der legitimen Rechte und Interessen der Palästinenser und der palästinensischen Befreiungsbewegung, vertreten durch die PLO, möglich ist.

In den Gesprächen wurde die Notwendigkeit der unverzüglichen und vollständigen Liquidierung des Kolonialismus, der Apartheid und der Rassendis-